



Höhere Sozialleistungen für Geflüchtete können Kriminalität reduzieren

In migrationspolitischen Debatten steht in vielen Ländern die Diskussion über Sozialleistungen für Migrant:innen und Geflüchtete im Vordergrund. Einige befürchten, dass zu grosszügige Sozialleistungen Migrant:innen davon abhalten könnten, erwerbstätig zu sein. Politische Entscheidungsträger:innen stützen sich häufig auf dieses Argument, um Sozialleistungen für Migrant:innen und Geflüchtete einzuschränken oder zu kürzen: Laut einem aktuellen Bericht des European Council on Refugees and Exiles (2022) gewähren zwei Drittel von 21 untersuchten EU-Ländern Geflüchteten mit subsidiärem Schutz keinen vollen Zugang zum Sozialsystem. Dies gilt auch für die Schweiz. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene erhalten einen reduzierten Sozialhilfesatz, der in den meisten Kantonen etwa der Hälfte der regulären Sozialhilfe entspricht, die Schweizer:innen und Niedergelassene (inkl. anerkannte Flüchtlinge) erhalten.

Zwar können Kürzungen von Sozialleistungen Arbeitsanreize theoretisch erhöhen, aber auch dazu führen, dass Geflüchtete in Armut oder Kriminalität gedrängt werden, insbesondere wenn Arbeitsplätze schwer zu finden sind. Angesichts der potenziell schwerwiegenden Folgen niedriger Sozialhilfe ist es daher wichtig, den Einfluss der Sozialhilfe für Geflüchtete und die Gesellschaft insgesamt zu verstehen.

Eine neue Studie des Immigration Policy Lab und des nationalen Forschungsschwerpunkts “nccr – on the move”, an der ein interdisziplinäres Forschungsteam des Collegio Carlo Alberto in Turin, der Universität Basel, der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Fachhochschule Westschweiz beteiligt sind, untersucht empirisch, welche Effekte Sozialhilfeleistungen auf die Kriminalität von Geflüchteten in der Schweiz haben. Die Studie, die als Working Paper verfügbar ist und sich derzeit im Begutachtungsprozess befindet, kommt zum Ergebnis, dass höhere Sozialhilfeleistungen die Zahl der Straftaten von Geflüchteten signifikant senken. Gleichzeitig lassen sich keine negativen Auswirkungen einer höheren Sozialhilfeleistung auf die Beschäftigung beobachten.

Die Studienautor:innen schlussfolgern, dass durch eine Erhöhung der Sozialhilfe die Wohlfahrt der Geflüchteten und die öffentliche Sicherheit gleichsam verbessert werden können.

Ein umfassender Datensatz

Das Forschungsteam misst die Auswirkungen der Sozialhilfe auf die Kriminalitätsrate mit Hilfe detaillierter Verwaltungsdaten des Schweizer Staatssekretariats für Migration (SEM) sowie den in der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundesamtes für Statistik erfassten Strafanzeigen. Dieser verknüpfte Datensatz wird zusätzlich mit Informationen über die Höhe der Sozialhilfe in jedem Kanton für die Jahre 2009 bis 2016 kombiniert.

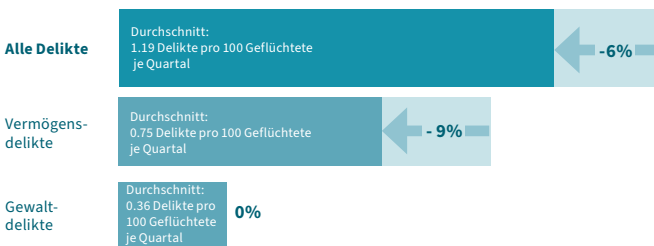
Die Analysen konzentrieren sich auf Ausländer:innen mit einer vorläufigen Aufnahme. Diese erfüllen die Flüchtlingseigenschaft gemäss Genfer Flüchtlingskonvention nicht, eine Rückkehr in ihr Heimatland ist aber unzulässig, unzumutbar oder unmöglich, z.B. weil dort Krieg herrscht. Für diese Gruppe sieht das Schweizer Asylrecht besondere Regelungen vor. Nebst der zufälligen Verteilung auf die Kantone gelten für sie strenge Mobilitätseinschränkungen, was sie daran hindert, in Kantone mit grosszügigeren Sozialleistungen zu ziehen. Des Weiteren können Kantone die Höhe des reduzierten Sozialhilfesatzes für Geflüchtete mit einer vorläufigen Aufnahme selbst bestimmen. Dadurch entstehen erhebliche Unterschiede in der Höhe der Sozialhilfe – sowohl zwischen den Kantonen als auch innerhalb einzelner Kantone über die Zeit. “Diese Regelungen bieten eine einzigartige Versuchsanlage, um kausal zu untersuchen, wie sich eine Erhöhung oder Senkung der Sozialhilfe auf das kriminelle Verhalten von Geflüchteten auswirkt”, sagt Daniel Auer, Assistenzprofessor am Collegio Carlo Alberto.

Höhere Sozialleistungen reduzieren Kriminalität

Die Sozialhilfe beträgt für vorläufig aufgenommene Ausländer:innen während des Untersuchungszeitraums je nach Kanton zwischen CHF 300 und CHF 980, wobei der Ansatz von CHF 300 weniger als der Hälfte der regulären Sozialhilfe entspricht, welche Schweizer:innen und anerkannte Flüchtlinge erhalten. Die Studienergebnisse zeigen, dass eine Erhöhung der Sozialhilfe um CHF 100 pro Monat die Wahrscheinlichkeit von Geflüchteten, einer Straftat beschuldigt zu werden, um 0,072 Prozentpunkte verringert. Dies entspricht einem Rückgang der Kriminalitätsrate um 6 Prozent. Eine Angleichung der Sozialhilfe für vorläufig aufgenommene Ausländer an die Sätze für Schweizer:innen und anerkannte Flüchtlinge könnte die Wahrscheinlichkeit einer Strafanzeige gegen vorläufig Aufgenommene gar um insgesamt 27 Prozent verringern.

Die Untersuchung zeigt auch, welche Arten von Straftaten am stärksten von der Höhe der Sozialleistungen beeinflusst werden. Es handelt sich dabei vor allem um Vermögensdelikte wie Laden- oder Taschendiebstahl und Drogenhandel. Gleichzeitig reagieren andere Straftaten, einschliesslich Gewaltdelikte wie Körperverletzung oder häusliche Gewalt, nicht auf die Höhe der Sozialhilfe. Michaela Slotwinski von der Universität Zürich erklärt: "Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass sehr tiefe Sozialhilfeleistungen, wie sie von einigen Kantonen gezahlt werden, nicht ausreichen, um den täglichen Lebensunterhalt zu bestreiten. Dies führt bei einem kleinen Teil der Geflüchteten dazu, dass sie Armutsdelikte begehen, um ihr unzureichendes Einkommen zu ergänzen."

Veränderungen in der Kriminalitätswahrscheinlichkeit bei einer Erhöhung der Sozialhilfe um 100 CHF pro Monat

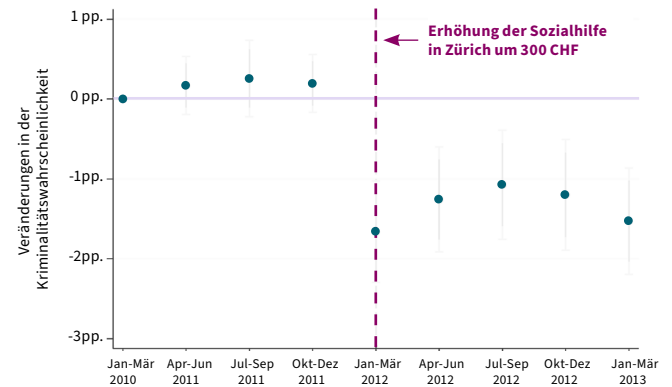


Die Grafik zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, einer Straftat beschuldigt zu werden, unter Geflüchteten mit einer vorläufigen Aufnahme durch eine Erhöhung der Sozialhilfe zurückgeht. Dies ist vor allem auf den Rückgang der Vermögensdelikte zurückzuführen.

Ein Blick auf Zürich und Luzern

Das Forschungsteam analysierte ausserdem zwei besonders auffällige Sozialhilfeänderungen: Im Jahr 2012 erhöhte der Kanton Zürich die Sozialhilfe für Geflüchtete mit vorläufiger Aufnahme um CHF 300 und der Kanton Luzern senkte sie im Jahr 2015 um CHF 500. Die Erhöhung der Sozialhilfe um CHF 300 pro Monat führte zu einem sofortigen und signifikanten Rückgang der Kriminalität. Dieser Rückgang blieb über die Zeit bestehen. In Luzern hingegen wirkte sich die Kürzung der Sozialhilfe zwar nicht sofort aus, doch zeigen die Daten, dass die Kriminalität längerfristig leicht ansteigt. Beide Resultate bestätigen die Gesamtergebnisse auf der Grundlage aller Kantone. Achim Ahrens vom Immigration Policy Lab sagt: "Unsere Analyse der quantitativen Fallstudie Zürich bestätigt, dass eine Erhöhung der Sozialhilfe einigen Geflüchteten den Weg aus der Kriminalität ebnen könnte."

Auswirkung der Erhöhung der Sozialhilfe auf die Kriminalitätswahrscheinlichkeit von vorläufig aufgenommenen Ausländer:innen im Kanton Zürich



Die Grafik zeigt, dass es vor der Erhöhung der Sozialhilfe um rund 300 CHF keine signifikanten Unterschiede in der Entwicklung der Kriminalität von vorläufig aufgenommenen Ausländer:innen zwischen Zürich und den anderen (Kontroll-) Kantonen gab. Nach der Erhöhung im Jahr 2012 ging die Kriminalität in Zürich deutlich zurück.

Kosteneffiziente Strategie

Die Ergebnisse der Studie legen ausserdem nahe, dass eine Erhöhung der Sozialhilfeleistungen für Geflüchtete eine wirksame Strategie zur Verringerung der Kriminalität sein könnte. Aber was sind die Folgen für die Bereitschaft der Geflüchteten zu arbeiten? Eine Analyse der Beschäftigungssituation zeigt, dass sich eine Erhöhung der Sozialhilfe nur begrenzt auf die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten auswirkt. Zudem liefert die Studie erste Hinweise dafür, dass sich eine Erhöhung der Sozialleistungen dank Einsparungen bei den Haftkosten auch finanziell lohnen könnte. Insofern zeigen die Ergebnisse der Studie, dass politische Entscheidungsträger:innen die Sozialhilfe nicht einseitig als eine Belastung der öffentlichen Finanzen betrachten sollten, sondern als eine lohnende Investition in die Integration von Migrant:innen und die öffentliche Sicherheit.

Daniel Auer, Michaela Slotwinski, Achim Ahrens, Dominik Hangartner, Selina Kurer, Stefanie Kurt und Alois Stutzer (2024): "Social Assistance and Refugee Crime".

Die Studie wurde durch den NCCR "on the move", den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und den European Research Council (ERC) im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizon 2020 der EU unterstützt.